

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Rechnungsprüfungsausschusses am 13.03.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:05 Uhr bis 18:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	nicht anwesend
Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	
Herr Andreas Hajek	FDP	
Herr Dieter Strech	MitBÜRGER für Halle	in Vertretung für Herrn Denis Häder
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	

Sachkundige Einwohner/in

Herr Hartmut Büchner		
Herr Karl-Heinz Gärtner		nicht anwesend
Herr Christoph Harendt		nicht anwesend
Herr Thomas Hoffmann		
Herr Wolfgang Matschke		nicht anwesend
Herr Volker Preibisch		nicht anwesend
Herr Bernd Voigtländer		
Herr Matthias Waschitschka		

Verwaltung

Herr Egbert Geier
Herr Wolfram Neumann
Herr Ralf Borries
Frau Sybille Brünler-Süßner
Herr Gunnar Schaaf
Herr René Simeonow
Herr Matthias Taube
Frau Dorette Seifert

Herr Mirko Wagner

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 07.11.2012
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die im Jahr 2011 durch die Stadt Halle (Saale) in Auftrag gegebenen Gutachten
Vorlage: V/2013/11479
 - 7.2. Prüfbericht des Fachbereiches Rechnungsprüfung zum Bauvorhaben "Ausbau der Mansfelder Straße und des Hallorenringes zwischen Hackebornstraße und Schieferbrücke - Komplexmaßnahme der Stadt Halle (Saale) / HAVAG"
Vorlage: V/2013/11486
 - 7.3. Information über die neue Personalstruktur des Fachbereiches Rechnungsprüfung
Vorlage: V/2013/11483
 - 7.4. Mitteilung über den Stand der Prüfungen durch den Landesrechnungshof
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Nagel eröffnete die Sitzung um 17:05 Uhr und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Dr. Wünscher beantragte, die Vorlage V/2013/11505 – Betriebsführung Schwimmhalle im Sportkomplex Robert-Koch-Straße nicht zu behandeln, da diese nur als Tischvorlage zur Verfügung stand. Frau Nagel schlug die Information bzw. Kenntnisnahme vor. Da die Vorlage bereits am 05.03.2013 erarbeitet wurde, war es für Herrn Felke nicht nachvollziehbar, warum diese nicht rechtzeitig vor Beginn des Ausschusses verschickt werden konnte. Herr Borries erläuterte, dass dies organisatorisch nicht möglich war und bat, die Vorlage informativ zu behandeln.

Herr Knöchel bat darum, das Thema auf die nächste Tagesordnung zur Behandlung zu setzen. Herr Hajek schloss sich der Meinung an, die Vorlage informativ zur Kenntnis zu nehmen und die Behandlung auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Frau Dr. Wünscher verwies auf die Nichtöffentlichkeit der Tischvorlage und bat um Verschiebung der weiteren Diskussion in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung. Auf Nachfrage von Frau Krausbeck zur Rechtfertigung der Nichtöffentlichkeit verwies Frau Nagel auf die zu erwartenden Ausführungen von Herrn Neumann.

Frau Nagel bat um Abstimmung über die Feststellung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

10 Ja-Stimmen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 07.11.2012

Frau Nagel fragte nach, ob es zur Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 07.12.2012 noch Bemerkungen gäbe. Da es keine Bemerkungen gab, bat sie um Abstimmung zur Genehmigung der Niederschrift.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

6 Ja-stimmen

4 Enthaltungen

zu 4 **Beschlussvorlagen**

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 5 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 6 **schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

Schriftliche Anfragen von Stadträten wurden nicht eingereicht.

Herr Neumann traf 17.15 Uhr ein.

zu 7 **Mitteilungen**

zu 7.1 **Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die im Jahr 2011 durch die Stadt Halle (Saale) in Auftrag gegebenen Gutachten** **Vorlage: V/2013/11479**

Bereits seit dem Jahr 2003 wird dem Rechnungsprüfungsausschuss jährlich eine Zusammenstellung über die im Vorjahr durch die Verwaltung in Auftrag gegebenen Gutachten zur Verfügung gestellt, führte Herr Borries dazu aus.

Er wies darauf hin, dass entsprechend der Anregung des Rechnungsprüfungsausschusses im letzten Jahr erstmalig die Abfrage ausdrücklich auf unabhängige und geistige Dienste Dritter gegen Entgelt ausgedehnt wurde. Nach den eingegangenen Rückmeldungen hat nur der Fachbereich Bauplanung entsprechende Leistungen in einem Umfang von ca. 22.000 € in Auftrag gegeben.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Notwendigkeit der Beauftragung der gemeldeten Leistungen sowohl aus sachlicher als auch aus haushaltsrechtlicher Sicht nachvollzogen werden konnte.

Frau Krausbeck fragte nach, was der Inhalt des sonstigen notwendigen Gutachtens in Höhe von 16.951,80 EUR war, welches vom Büro der Oberbürgermeisterin im Zuge der Neuvergabe zur Herstellung und Verteilung des Amtsblattes in Auftrag gegeben wurde und warum der Stadtrat nicht über diese Vergabe informiert wurde.

Die Antwort wird schriftlich gegeben, sicherte Herr Borries zu und wies gleichzeitig darauf hin, dass eine inhaltliche Aufarbeitung der Gutachten nicht in der Prüfung enthalten ist.

Herr Hoffmann interessierte sich für einen Vergleich des Umfangs der sonstigen notwendigen Gutachten mit den Umfängen der Vorjahre. Eine Vergleichbarkeit mit Vorjahren wird wegen der erstmaligen Abfrage erst in den nächsten Jahren möglich sein, erläuterte Herr Borries.

Herr Voigtländer hinterfragte die Ausführungen des Prüfberichtes, in denen dargestellt wird, dass aus schwerwiegenden, sachlichen Gründen Gutachten an Dritte in Auftrag gegeben wurden. Er bat darum, die schwerwiegenden sachlichen Gründe dem Ausschuss mitzuteilen, da sonst nach seiner Ansicht keine Wertung der Drittbeauftragung möglich sei, was gerade Inhalt der Prüfungen sein sollte.

Auch stellte Herr Voigtländer die Frage, ob Baumgutachten grundsätzlich an Dritte vergeben werden. Herr Simeonow erläuterte dazu, dass es sich bei den aufgeführten Gutachten um Gutachten im Zusammenhang mit Baumfällungen bei Baumaßnahmen in der Delitzscher Straße handelte.

Herr Voigtländer regte an, künftig auch in der Bezeichnung konkret auszuführen, durch wen die Leistungen erbracht worden und an wen die Zahlungen geflossen sind.

Frau Dr. Wünscher bat darum, künftig auch den Sitz des jeweils beauftragten Gutachters anzugeben, um eine regionale Zuordnung vornehmen zu können.

Herr Borries sicherte zu, die Anregungen für die Statistik der Folgejahre zu prüfen.

Herr Dr. Wendt übte grundsätzlich Kritik daran, dass die gestellten Fragen über die Inhalte der Gutachten nicht beantwortet werden können.

Herr Borries stellte in diesem Zusammenhang noch einmal klar, dass bei der Zusammenstellung der Statistik über die Inanspruchnahme von Gutachterleistungen die inhaltliche Prüfung der Gutachten auf Notwendigkeit, Wirtschaftlichkeit und Nachvollziehbarkeit nicht zum Prüfauftrag gehörte. Es sollte Transparenz in der Gutachtenvergabe hergestellt werden. Der nun geforderte Informationsgehalt war dabei so nicht definiert worden.

Herr Felke fragte nach, ob die Auflistung als abschließend betrachtet werden kann und bat um das Einfügen von Gesamtsummen zur besseren Vergleichbarkeit. Herr Simeonow führte aus, dass die Kontrolle über das Produkt „Gutachten“ über das SAP bei korrekter Buchung möglich ist. Wenn auf anderen Konten Buchungen vorgenommen wurden, kann die Vergabe von Gutachten durch Prüfhandlungen nicht abgeleitet werden. Herr Borries ergänzte, dass der Fachbereich Rechnungsprüfung hier maßgeblich auf die vollständigen Rückmeldungen aus den Fachbereichen angewiesen ist. Durch die VISA-Kontrollen ist eine Kenntnisnahme der Rechnungsprüfung ab Auftragswerten über 10.000 EUR möglich.

Herr Borries gab zu bedenken, dass beispielsweise für fachlich notwendige Gutachten eine Refinanzierung über die Gebühren der Verwaltungshandlung erfolgt. So sind beispielsweise die Kosten für eine Statikprüfung in den Gebühren der Baugenehmigung enthalten.

Herr Felke wünschte sich für die Zukunft eine Vergleichbarkeit mit anderen Städten und betonte, dass eigenen Ressourcen innerhalb der Stadtverwaltung der Vorzug gegeben sollte vor der Beauftragung Dritter mit Gutachterleistungen.

Die Vergleichbarkeit mit anderen Kommunen ist hier über den Haushalt möglich, führte Herr Borries aus. Eine Darstellung könnte im Finanzausschuss erfolgen.

Herr Geier nahm den mündlich erteilten Auftrag zur Kenntnis. Eine Darstellung der Gutachterkosten im Städtevergleich soll im Finanzausschuss gegeben werden.

Herr Hildebrandt vermisste in der Erfassung der Gutachten ein Hydrobiologisches Gutachten aus 2011, welches im Zusammenhang mit der HES vom Stadtrat beauftragt wurde und bat um Nacharbeit. Ebenso ist nicht klar ersichtlich, ob es sich bei den sachlich notwendigen Gutachten im Amt 67 (Grünflächenamt) vom 01.03.2011 und vom 10.05.2011 um eine Maßnahme handelt, die nur in Teilen aufgeführt wurde. Wenn es sich um ein Gutachten handeln würde, hätte der Stadtrat beteiligt werden müssen. Hier bat Herr Hildebrandt um Aufklärung.

Frau Krausbeck forderte, dass künftig auch die Gutachten erfasst werden, zu denen die Stadt Halle (Saale) vertraglich oder gesetzlich verpflichtet ist.

Herr Borries führte dazu aus, dass im Auftrag des Fachbereiches Rechnungsprüfung diese Auflistung nicht enthalten war. Falls eine Erweiterung des Auftrages erfolgen sollte, müsste diese beschlossen werden. Zu beachten sei dabei aber auch der zeitliche und personelle Aufwand, der für eine Erweiterung zu binden wäre.

Herr Knöchel bemängelte die fehlende Zeitnähe der Vorlage, da es sich hier um Gutachten aus dem Jahr 2011 handelte, die nun erst in 2013 besprochen werden. Herr Hajek schloss sich dem an und bat, die Statistik der Gutachtenvergabe für 2012 zeitnah in 2013 vorzulegen.

Auf die Anmerkung von Frau Krausbeck wies Herr Knöchel darauf hin, dass die Auflistung der Gutachten, zu denen die Stadt Halle (Saale) vertraglich oder gesetzlich verpflichtet ist, bereits zu einem früheren Zeitpunkt regelmäßig vorgelegt wurde. Wegen der fehlenden Aussagekraft wurde darauf verzichtet.

Herr Knöchel regte eine Prüfung an, inwieweit die in Auftrag gegebenen Gutachten auch durch eigene Ressourcen geleistet werden können, um daraus Rückschlüsse auf die Personalausstattung ziehen zu können.

Frau Nagel bat den Fachbereich Rechnungsprüfung, bis zur nächsten Ausschusssitzung einen Vorschlag zu unterbreiten, wie die Statistik zur Vergabe von Gutachten sinnvoll aufbereitet werden kann, unter Berücksichtigung der zuvor diskutierten Sachverhalte.

Herr Borries sicherte dies zu.

Der Prüfbericht wurde damit zur Kenntnis genommen.

**zu 7.2 Prüfbericht des Fachbereiches Rechnungsprüfung zum Bauvorhaben
"Ausbau der Mansfelder Straße und des Hallorenringes zwischen Hackebornstraße und Schieferbrücke - Komplexmaßnahme der Stadt Halle (Saale) / HAVAG"
Vorlage: V/2013/11486**

Die Prüfung wurde im Zeitraum Mai 2012 bis Januar 2013 vorgenommen und gestaltete sich schwierig, da der FB Rechnungsprüfung weder in die Planung (Ausschreibungsverfahren) noch in die Ausführung der Maßnahme einbezogen worden war, erläuterte Herr Borries.

Mit mehreren (insgesamt 8) innerdienstlichen Mitteilungen wurde der FB 66 gebeten, im Einzelnen genau benannte Sachverhalte dem FB Rechnungsprüfung zu belegen und detailliert darzustellen.

Der Sachverhalt, weshalb in der Beschlussvorlage für den Stadtrat vom 23.03.2012 unter Punkt 4.2 der Nachtrag 20 der Lose 60.02.03, 60.04.01, 61.04.01 mit einem städtischen Anteil von 221.000,00 € (brutto) ausgewiesen wird, konnte nicht abschließend geklärt werden. Bei der Prüfung des Nachtrages 20 wurde festgestellt, dass die Auftragssumme des gesamten Nachtrages 20 nach der Verhandlung vom 25.11.2011 347.267,50 € (brutto) beträgt. Es wurde damit ein Anteil der Stadt Halle von 84.704,06 € (brutto) und nicht von 221.000 € an der Gesamtleistung ausgewiesen.

Als wesentliches Ergebnis stellt der Fachbereich Rechnungsprüfung erneut fest, dass die Durchführung von Komplexmaßnahmen, bei denen die Stadt die Ausschreibung, Auftragserteilung und Ausführung der städtischen Baumaßnahme einem Dritten (HAVAG) überträgt, mit erheblichen Risiken für die Stadt verbunden ist, da diese dann keine ausreichende Einflussnahme auf das Baugeschehen mehr hat.

Die weiteren Einzelheiten ergeben sich aus dem Prüfbericht vom 31.01.2013.

Herr Voigtländer fragte nach, wie die Aufsicht seitens der Stadt Halle (Saale) bei Komplexmaßnahmen sichergestellt wird und äußerte Bedenken zur Überschaubarkeit.

Herr Borries antwortete, dass die Ausführung des Projektes von der Stadt Halle (Saale) begleitet wird. Bei der Beurteilung der Überwachungs- und Einflussmöglichkeiten bei der Realisierung eines Bauprojektes ist grundsätzlich die Vertragsgestaltung ausschlaggebend.

Herr Wagner (Abteilungsleiter Straßenplanung) ergänzte dazu, dass hier die finanziellen Mittel für die Förderung des ÖV zur Verfügung standen und so die HAVAG als Hauptauftraggeber fungierte. Begleitet wurde die Maßnahme vom Tiefbauamt.

Herr Büchner konnte nicht nachvollziehen, warum die Maßnahme nicht im gewünschten Umfang im Hinblick auf die Nachträge geprüft werden konnte. Die prozentuale Verteilung der Kosten ist dem Kostenverteilungsplan zu entnehmen, merkte Herr Borries an.

Herr Hajek ergänzte, dass eine Akteneinsicht erfolgt sei und nicht nachvollzogen werden konnte, wie die Mehrkosten der Baumaßnahme zustande kamen.

Herr Taube merkte an, dass seit 2009 durch die Rechnungsprüfung aufmerksam gemacht wurde, dass bei Komplexmaßnahmen ein Risiko für die Stadt Halle (Saale) besteht, da es kaum Möglichkeiten zur Einflussnahme gebe und Einzelrechnungen nur auf Nachfrage einsehbar sind.

Herr Dr. Wendt kritisierte die Abläufe und fragte, ob es zwischenzeitlich eine Optimierung der Abläufe gegeben hat oder ob andere Konsequenzen innerhalb der Stadtverwaltung Halle (Saale) gezogen wurden.

Herr Neumann sicherte eine intensive Arbeit am Problem zu.

Herr Knöchel fragte nach den Ursachen, welche dazu geführt haben, dass die Stellungnahme des Beigeordneten und die Beantwortung der Anfragen 6 Monate dauerten.

Herr Hildebrandt führte aus, dass er in Bezug auf die Empfehlungen der Rechnungsprüfung im Schlussbericht 2011 eine Vorlage erwartet, wie das Planungs- und Baumanagement optimiert wird. Dem schloss sich Herr Büchner an und forderte Konsequenzen in der Organisation.

Herr Felke führte aus, dass die Stadt Halle (Saale) durch die vertraglichen Regelungen nicht die Bauherrenfunktion erfüllte und die Prüfung dementsprechend auch nicht erfolgen konnte.

Herr Wagner verwies noch einmal darauf, dass die Maßnahme mit städtischen Mitteln nicht förderfähig war, sondern nur über die HAVAG als ÖV-Maßnahme. In die Projektsteuerung war die Stadt Halle (Saale) in Kooperation mit der HAVAG eingebunden. Die Maßnahme war insgesamt im Bauablauf durch Abhängigkeiten geprägt und somit störanfällig im zeitlichen Ablauf. Ursache für zeitliche Verzögerungen waren unter anderem auch ein schlecht dokumentierter Leitungsbestand, die Baugrundverhältnisse und Eingriffe Dritter (Baustopp für Kongress).

Herr Knöchel bat darum, dass diese Informationsvorlage auch im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten gemeinsam mit dem Fachbereich Rechnungsprüfung vorgestellt wird, um Rückschlüsse für künftige Vorhaben ziehen zu können.

Herr Geier regte an, bei Prüffeststellungen künftig konkreter die Ursachen wie z. B. Materialkosten, Zeitverzug, Controlling und Planung herauszuarbeiten, die zu Mehrkosten geführt haben.

Herr Borries führte aus, dass dies nur zum Teil möglich sei, da es in rund 90 % der Fälle eine Ursachenbündelung gibt, die schwer darstellbar ist. Zudem wurde das Baucontrolling verstärkt.

Herr Hajek fragte nach, ob Verantwortliche für den Bauverzug ermittelt und evtl. zu Regressansprüchen herangezogen worden sind.

Frau Nagel schloss die Diskussion ab und stellte den erneuten Aufruf der Vorlage in der nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses unter Anwesenheit des Beigeordneten Herrn Stäglin in Aussicht.

Beschluss: vertagt

zu 7.3 Information über die neue Personalstruktur des Fachbereiches Rechnungsprüfung **Vorlage: V/2013/11483**

Durch die Einführung der Doppik in der Stadtverwaltung zum 01.01.2012 wurde eine neue Struktur im Fachbereich Rechnungsprüfung erforderlich, erklärte Herr Borries. Die Gründe hierfür sind in der Informationsvorlage hinreichend dargestellt worden. Dabei war wegen der Haushaltskonsolidierung zu beachten, dass durch die Umstrukturierung ein Personalaufwuchs nicht eintreten sollte.

Die neue Struktur ist am besten in dem der Vorlage beigefügten Organigramm nach zu vollziehen. Abschließend wird darauf hingewiesen, dass erst die Praxis zeigen wird, ob durch die neue Struktur die Anforderungen der Doppik hinreichend berücksichtigt werden konnten. Bisher lagen weder die Eröffnungsbilanz noch ein Jahresabschluss dem Fachbereich Rechnungsprüfung zur Prüfung vor. Für den Prüfungsumfang und die Prüfungsintensität ist auch erheblich, in welcher Qualität dem Fachbereich Rechnungsprüfung die zu prüfenden Unterlagen übergeben werden. Sofern nach den ersten Prüfungen der doppischen Jahresabschlüsse ein Veränderungsbedarf erkennbar wird, wird der Rechnungsprüfungsausschuss unterrichtet werden.

Frau Dr. Wünscher bat darum, die im Stellenplan ersichtlichen Stellen dem Organigramm zuzuordnen und als Anlage dem Protokoll beizufügen. In diesem Zusammenhang fragte sie nach, ob die Stelle für die Sonderprüfung komplexer Baumaßnahmen auf die personellen Veränderungen innerhalb der Stadtverwaltung zurückzuführen ist.

Da es sich um eine Personalangelegenheit handelt, bat Herr Borries um Verständnis, dieses Thema zu einem späteren Zeitpunkt im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln.

Frau Nagel bat um eine lesbare Form des Organigramms in der Anlage des Protokolls.

Die Personalstruktur des Fachbereiches Rechnungsprüfung wurde vom Rechnungsprüfungsausschuss zur Kenntnis genommen.

zu 7.4 Mitteilung über den Stand der Prüfungen durch den Landesrechnungshof

Derzeit sind drei dem Fachbereich Rechnungsprüfung bekannte Prüfungen des LRH noch nicht abgeschlossen, führte Herr Borries aus.

Dabei handelt es sich um die Prüfungen zu den Themen „Ausgewählte Maßnahmen der Jugendhilfe und der sonstigen Jugendarbeit“ und „Kostenrechnenden Einrichtungen“ sowie „Maßnahmen der Städte- und Wohnungsbauförderung der Stadt Halle (Saale) mit Schwerpunkt HWG in den Jahren 2010-2012“.

Die örtlichen Erhebungen der Prüfung zur Jugendhilfe wurden bereits im Jahre 2012 abgeschlossen. Am 28.02.2013 fand im Beisein des Oberbürgermeisters das Abschlussgespräch zu dieser Prüfung statt. Der Landesrechnungshof wird nunmehr seinen Prüfbericht abschließend bearbeiten und nach Fertigstellung der Stadt zum offiziellen Stellungnahmeverfahren übersenden.

Die örtlichen Erhebungen zur Prüfung der kostenrechnenden Einrichtungen wurden Anfang März 2013 abgeschlossen. Auf Nachfrage erhielt die Rechnungsprüfung die Auskunft, dass nach erster Auswertung der örtlichen Erhebungen ein abschließendes Gespräch zur Klärung evtl. noch offener Fragen anberaumt werden wird. Danach wird der Landesrechnungshof den Entwurf des Prüfberichts fertigstellen und einen Termin zum Abschlussgespräch anberaumen.

Bei der Prüfung zur Städte- und Wohnungsbauförderung sind gleichfalls die örtlichen Erhebungen bei der Stadt Anfang März 2013 abgeschlossen worden. Zum weiteren Vorgehen gelten daher die Ausführungen zum weiteren Vorgehen bei der Prüfung der kostendeckenden Einrichtungen analog.

Herr Knöchel fragte nach, wann die Prüfung der „Ausgewählten Maßnahmen der Jugendhilfe und der sonstigen Jugendarbeit“ abgeschlossen sei.

Herr Borries informierte, dass das Abschlussgespräch am 28.02.2013 stattfand und nach dem Eingang des endgültigen Berichtes des Landesrechnungshofes die Erarbeitung der schriftlichen Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) erfolgen wird.

Im Anschluss wurde informativ die Tischvorlage V/2013/11505 zur Betriebsführung Schwimmhalle im Sportkomplex Robert-Koch-Straße aufgerufen. Frau Nagel führte aus, dass ein Bericht hier nach Beschluss des Stadtrates vom 27.02.2013 in den Sitzungen des Sport- und des Rechnungsprüfungsausschusses im März 2013 gegeben werden sollte.

Herr Neumann berichtete, dass zwischenzeitlich ein Betreibervertrag mit dem ZGM geschlossen wurde und führte zu den Inhalten aus.

Frau Nagel bat Herrn Neumann seine Erläuterungen schriftlich für das Protokoll und den Sportausschuss zuzuarbeiten.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Dr. Wünscher fragte, ob es hinsichtlich der Regressforderungen und Rückzahlungen von Fördermitteln für das Schwimmbad Saline einen abschließenden Sachstand gibt.

Herr Borries wird die Antwort schriftlich geben.

zu 9 Anregungen

Anregungen wurden nicht gegeben.

Frau Nagel schloss die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses um 18:30 Uhr.

Für die Richtigkeit:

Datum: 18.04.13

Egbert Geier
Bürgermeister

Elisabeth Nagel
Ausschussvorsitzende

Beate Naumann
Protokollführer/in

2 Anlagen